

## ZU VIEL SICHERHEIT, ZU WENIG FRIEDEN

### Friedenspolitik in einer Welt im Wandel

Am 13. Juli wurde das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ vorgestellt. Dieses Grundlagendokument der Bundesregierung wird in einer Zeit tiefgreifender sicherheitspolitischer Umbrüche veröffentlicht. Wir erleben eine Renaissance klassischer Machtpolitik, die auch den Einsatz militärischer Mittel einschließt. Konflikte und Kriege sind nach Europa zurück gekehrt und prägen seine direkte Nachbarschaft: Der Krieg im Osten der Ukraine geht mit wechselnder Intensität weiter. Der Krisenbogen zieht sich von Afghanistan über den Irak und Syrien bis hin nach Nordafrika. Die großen Fluchtbewegungen des vergangenen Jahres haben die Solidarität der Europäer in Frage gestellt. Nach dem britischen Referendum über den „Brexit“ steht die Fragilität der Europäischen Union deutlich vor Augen. Die europäischen Staaten müssen zudem lernen, mit wachsender terroristischer Bedrohung aus dem Inneren ihrer Gesellschaften zu leben. Innere und äußere Sicherheit sind weniger denn je zu trennen. Die Bedrohung für den Frieden wächst. Vielfach wird die Frage gestellt, ob die seit dem Ende des Kalten Krieges gewohnten sicherheitspolitischen Konzepte und Instrumente noch tragfähig sind. Ziele und Mittel, Möglichkeiten und Grenzen des außen- und sicherheitspolitischen Handelns bedürfen angesichts dieser neuen Gesamtlage einer Neuausrichtung. Schnelle und einfache Antworten sind nicht zur Hand. Nötig ist eine intensive Diskussion der sicherheitspolitischen Fragen in Politik und Zivilgesellschaft, bei den verantwortlichen Akteuren ebenso wie unter den Bürgerinnen und Bürgern.

Eine verantwortungsbewusste und nachhaltig an Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung ausgerichtete Politik bedarf auch der ethischen Orientierung. Evangelische Friedensarbeit, die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr und die Evangelische Kirche in Deutschland insgesamt wollen ihren Beitrag zu dieser Orientierung leisten.

1. Das Weißbuch ist in einem breit angelegten Diskussionsprozess entstanden. Die EKD hat sich mit ihren Einrichtungen an diesem Prozess beteiligt: sowohl als Gesprächspartner in übergreifenden Veranstaltungsformaten als auch mit eigenen Beiträgen und Veranstaltungen. Das Weißbuch bietet nun eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Perspektiven: Sicherheitspolitische und verteidigungspolitische Aspekte sind ebenso berücksichtigt wie der Reviewprozess des Auswärtigen Amtes und Beiträge aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch Grundanliegen evangelischer Ethik sind mit gehört worden, etwa in der Orientierung an der internationalen Rechtsordnung und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung. Die Breite der Analyse und die Weite des Horizonts sind beeindruckend und zukunftsweisend. Grundsätzlich zu Recht erhebt das Weißbuch den Anspruch, einen „umfassenden Ansatz/comprehensive approach“ zu bieten.

2. Nach den Grundsätzen evangelischer Friedensethik ist der „Gerechte Friede“ als Zusammenhang von Frieden und Recht, Gerechtigkeit und Sicherheit der entscheidende und orientierende Grundbegriff des sicherheitspolitischen Feldes. Ziele und Orientierung des Handelns entscheiden sich auch an der Frage der verwendeten Grundbegriffe. Auffällig ist, dass der Leitbegriff des Friedens im Weißbuch weitgehend fehlt. Stattdessen dominieren die Begrifflichkeiten von „Bedrohung“, „Sicherheit“ und „Resilienz“. Wir fragen, ob Sicherheitspolitik ohne die orientierende Kraft einer positiven und konstruktiven Vision wie derjenigen des „Gerechten Friedens“ überhaupt möglich ist. Frieden und Sicherheit müssen in den jeweiligen Gesellschaften verankert sein, in Deutschland, in Europa und weltweit. Dazu bedarf es des Aufbaus von Vertrauen, des gewaltfreien Interessenausgleichs und der Vision eines Friedens, der dort gedeihen kann, wo Not abgebaut, Freiheit gefördert und kulturelle Vielfalt ermöglicht wird. Eine Kritik des Weißbuches von 2016 aus der Sicht evangelischer Ethik wird hier ansetzen. Zwar hebt das Weißbuch zu Recht hervor, dass Sicherheit mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Es gehe besonders darum, weltweit „die Bedingungen menschlichen Zusammenlebens nachhaltig zu verbessern sowie Menschenrechtsnormen zu wahren und zu stärken“ (Weißbuch S. 22). Ferner wird mit Blick auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass nachhaltige Entwicklung, der Kampf gegen Armut und Hunger und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen grundlegend seien für Frieden und Sicherheit in der Welt (S. 62). Wir vermissen aber eine ausreichende Analysetiefe in Bezug auf die sozialen und ökonomischen Asymmetrien der Globalisierung. Friedenspolitik braucht konkrete Konzepte, wie diese gewaltverschärfenden Asymmetrien abgebaut werden können.

3. Der umfassende Ansatz nennt als höchste Ziele des politischen Handelns menschliche Sicherheit und Entwicklung. Von diesen Zielen her kommen die vielfältigen Instrumente deutscher Sicherheitspolitik in den Blick. Das Weißbuch formuliert den Vorrang von Krisenfrüherkennung, Konfliktprävention und ziviler Krisennachsorge. Um Gewalt zu vermeiden, einzudämmen und zu beenden, sollen vor allem diplomatische Mittel eingesetzt werden. Die Bundeswehr ist nach dem Grundansatz des Weißbuches nur eines von vielen möglichen Instrumenten. In Bezug auf die politische Praxis konzentriert sich das Weißbuch dann allerdings, den Anforderungen eines umfassenden Ansatzes zuwider, ganz auf den Beitrag der Bundeswehr. Es geht dann um mehr Personal, mehr und bessere Ausrüstung, mehr finanzielle Ausstattung, um eine Trendwende in der Entwicklung der Bundeswehr.

Dieses Vorgehen entspricht zwar dem Ansatz eines Weißbuches. Es entsteht aber so der Eindruck, dass im Zweifelsfall die Bundeswehr das vorrangige Instrument deutscher Sicherheitspolitik sei, ohne dass zumindest symmetrisch die anderen, dem Anspruch nach prioritären nicht militärischen Instrumente in gleicher Weise gestärkt werden müssten. Am deutlichsten wird dieses Defizit dort, wo eine langfristige Erhöhung des Verteidigungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes gefordert wird (S. 69), während für das übrige Instrumentarium nur summarisch eine nachhaltige Finanzierung und Ausstattung gefordert wird (S. 138). Gerade vor dem Hintergrund, dass Deutschland seit vielen Jahren die Selbstverpflichtung verfehlt, 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, ist diese nicht nur in konzeptioneller, sondern auch in finanzieller Hinsicht deutliche Konzentration auf die militärischen Instrumente kritisch zu bewerten. Um der eigenen Glaubwürdigkeit willen wären konkrete und substantielle Aussagen darüber nötig, in welcher Weise die nicht militärischen Instrumente finanziell und personell deutlich gestärkt werden könnten.

4. Die „Förderung des Friedens“ als Verpflichtung und Ziel „deutschen Regierungshandelns“ (S. 24) ist nur möglich im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung. Das Weißbuch beschreibt die „Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts“ (S. 25) als ein elementares sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands: „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft dauerhaft Frieden und Stabilität“ (S. 52). Ferner werden die Bedeutung von Systemen kollektiver Sicherheit wie z. B. der OSZE sowie das Konzept der gemeinsamen und menschlichen Sicherheit hervorgehoben. Gleichzeitig wird aber die Bündnissolidarität im Rahmen von NATO und Europäischer Union zum „Teil deutscher Staatsräson“ erklärt (S. 49). Es bleibt dabei offen, wie sich deutsche Politik verhält, wenn aus Bündnissolidarität zu NATO oder EU bestimmte sicherheitspolitische Maßnahmen gefordert werden, die anderen Systemen kollektiver Sicherheit oder gar einer Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung zuwider laufen. In welcher Rangordnung stehen Bündnissolidarität und der Anspruch der internationalen Rechtsordnung im Konfliktfall?

5. Die Bundeswehr wird in erster Linie als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ betrachtet. Über diesem instrumentellen Verständnis geraten allzu schnell die Perspektiven der Menschen aus dem Blick, die unter Gewalt leiden und unter Gewaltverhältnissen leben und handeln müssen. Krieg und Konflikt konfrontieren Menschen mit elementaren und extremen Bedrohungen – bis hin zu Traumata und Tod. Evangelische Friedensethik rückt diese Aspekte militärischer Einsätze in den Fokus der Rechenschaft, die politisches und militärisches Handeln zu geben haben.

Der Einsatz militärischer Gewalt ist immer ein Zeichen des Versagens politischen Handelns. Zwar sagt das Weißbuch, dass Krisenprävention grundsätzlich den Vorrang habe. Es fehlt aber die deutliche Aussage, dass die Androhung und Ausübung militärischer Gewalt immer nur äußerste Möglichkeit sein können. Das Weißbuch lässt offen, wann und in welchen Fällen die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt als „ultima ratio“ gerechtfertigt sind. Es fehlen klare und orientierungsfähige Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt. Diese sind aber

entscheidend, wenn es um die politische Verantwortung geht, Menschen in Einsätze zu senden, deren psychische und physische Gesundheit auf dem Spiel steht und die im äußersten Fall ihr Leben einsetzen.

6. Das Weißbuch erkennt zu Recht an, dass Aufrüstung die Stabilität der internationalen Friedensordnung gefährdet. Besonders prekär ist dies dort, wo neue Technologien entwickelt werden, die durch die geltenden Rüstungskontrollregime noch nicht erfasst werden. Das Weißbuch unterstützt eine wirksame Rüstungskontrolle und Rüstungsexportpolitik sowie eine Anpassung der Rüstungskontrollregime an den technologischen Fortschritt (S. 40-44). Andererseits fordert es die Stärkung der deutschen bzw. europäischen Verteidigungsindustrie (S. 74) und spricht sich für den Export von Kriegswaffen an sogenannte Drittstaaten aus, wenn „im Einzelfall ... besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen“ dafür sprechen (S.75). Hier bleibt zum einem unklar, wie dieser Widerspruch zwischen einer restriktiven Rüstungsexportpolitik und einem Export von Kriegswaffen aufgelöst werden soll. Zum anderen bleibt offen, von welcher Art sicherheitspolitische Interessen sein müssten, damit ein solcher „Einzelfall“ vorliegt. So entsteht der Eindruck, dass deutsche Politik sich alle Optionen für einen ungehinderten Rüstungsexport offen lässt. Um diesem Eindruck zu wehren, wäre es aus Sicht evangelischer Friedensethik entscheidend, dass Kriterien genannt werden, ob und wann ein solcher Rüstungsexport zu rechtfertigen ist.

7. Erfreulich ist das Bekenntnis des Weißbuches 2016 zu den Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des Soldaten und der Soldatin als gewissen geleiteter Personen, die ethisch abgewogene Entscheidungen treffen (S. 113f). Allerdings fehlen Hinweise darauf, welche Ausbildungskonzepte geeignet sind, das Gewissen der Soldatinnen und Soldaten zu schärfen und ihnen Grundlagen an die Hand zu geben, die ein ethisch abgewogenes Urteil ermöglichen. Hier wären Hinweise auf bereits erfolgreiche Konzepte wie den Lebenskundlichen Unterricht hilfreich gewesen.

8. Das Weißbuch soll einen Impuls setzen, um die breite Debatte, die seine Entstehung begleitete, nun nach der Veröffentlichung fortzusetzen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung aber, in der parlamentarischen Sommerpause, hat diesem Anliegen einer Aufnahme und Diskussion in Parlament und Gesellschaft nicht genützt. Aus dem Blick der EKD und der evangelischen Friedensethik kommt es darauf an, dass diese Diskussion nun umso intensiver, engagierter und fruchtbarer weitergeführt wird. Wir brauchen in Deutschland dringend eine in unserer Gesellschaft verankerte, über die sicherheitspolitischen Eliten hinausreichende Debatte darüber, welche politischen Konzepte in Fragen von Frieden und Sicherheit zukunftsweisend sind. Dabei sollten nicht nur die Impulse des Weißbuches für die Zukunft der Bundeswehr bedacht werden, sondern in zumindest gleicher Intensität auch die nichtmilitärischen Instrumente deutscher Friedenspolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Als Evangelische Kirche werden wir uns an diesem Prozess mit kritischen Fragen und konstruktiven Beiträgen beteiligen.

:: 4

**SCHRIFTFÜHRER PASTOR RENKE BRAHMS,  
FRIEDENSBEAUFTRAGTER  
DES RATES DER EKD**

**BISCHOF DR. SIGURD RINK,  
EVANGELISCHER BISCHOF FÜR DIE  
SEELSORGE IN DER BUNDESWEHR**